Zustimmung zur Vereinbarung über die Weiterführung des
Integralen Tarifverbunds Zug

Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. April 1994

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 1. Januar 1988 trat der Abonnementstarifverbund und am 1. Juni 1992 der Integrale Tarifverbund Zug in Kraft. Gestützt auf entsprechende Vereinbarungen wurde für das Kantonsgebiet eine tarifarische Zusammenarbeit der ZVB, der Zugerbergbahn AG (ZBB), der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB), der PTT-Postautodienste und der Auf der Maur Busbetriebe AG (BAG) im Bereich von Einzelfahrausweisen sowie Monats- und Jahresabonnements (Zuger Pass) vereinbart. Sie haben dieser Vereinbarung am 7. April 1992 zugestimmt.

Die zur Zeit gültige Vereinbarung, die sich in allen Belangen bewährt hat, läuft Ende April 1994 aus. Der nun vorliegende Vertrag garantiert eine lückenlose und kontinuierliche Weiterführung des bestehenden Angebots im Gebiet des Tarifverbunds Zug. Die beteiligten Transportunternehmungen und die Kantone sind bereit, diesem neuen, unbefristeten Tarifverbundsvertrag zuzustimmen. Materiell wurden in der neuen Vereinbarung nur geringfügige Anpassungen vorgenommen. Die Vereinbarung tritt am 1. Mai 1994 in Kraft und gilt unbefristet. Sie kann von jedem Vertragspartner mit einer Kündigungsfrist von 12 Monaten, jeweils auf den 30. April jeden Jahres gekündigt werden. Der Stadtrat hat der Vereinbarung unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Grossen Gemeinderat zugestimmt.

Für die Stadt Zug von spezieller Bedeutung ist, dass mit dem Kanton Zug ein neuer Kostendeckungsgrad von 40% für die ZBB vereinbart werden konnte. Eine externe Fachstelle für den öffentlichen Verkehr errechnete im Auftrag des Verwaltungsrates der ZBB den daraus resultierenden Kostenbeitrag für die ZBB mit jährlich Fr. 360'000.--. Die Vereinbarung sieht vor, dass dieser Pauschalbeitrag jährlich per 1. Januar automatisch der Teuerung (Landesindex der Konsumentenpreise Basis Indexstand 1. Mai 1994) angepasst wird. Weitere automatische Anpassungen wären vorgesehen bei einer allgemeinen Tarifierhöhung oder -senkung im nationalen Tarif und/oder bei Angebotsveränderungen der Transportunternehmungen. Ferner wird die Pauschale von Fr. 360'000.-- reduziert, wenn der Kostendeckungsgrad von 40% überschritten werden sollte. Bei

gleichbleibendem Kostenschlüssel (25% Stadt; 75% Kanton) ergibt sich ein jährlicher, indexierter Beitrag für die Stadt von Fr. 90'000.--. Die ZBB können den Abgeltungsbeitrag als Ertrag für Einnahmeausfälle, die durch die Weiterführung des Integralen Tarifverbundes entstehen, ihrer Erfolgsrechnung gutschreiben. Dadurch verringert sich das durch die Stadt zu tragende Defizit der ZBB um diesen Betrag.

Weil die jährlichen Beiträge die abschliessende Finanzkompetenz des Grossen Gemeinderates übersteigen, ist der vorliegende Beschluss dem fakultativen Referendum unterstellt.

Antrag:

Wir beantragen Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und der Vereinbarung über den Integralen Tarifverbund Zug zuzustimmen.

Zug, 12. April 1994

DER STADTRAT VON ZUG

Der Stadtpräsident: Othmar Kamer
Der Stadtschreiber: i.V. Hans Hagmann

Beilage:

- Beschlussesentwurf

BESCHLUSS DES GROSSEN GEMEINDERATES VON ZUG NR.
BETREFFEND ZUSTIMMUNG ZUR VEREINBARUNG ÜBER DIE WEITERFÜHRUNG
DES INTEGRALEN TARIFVERBUNDS ZUG

DER GROSSE GEMEINDERAT VON ZUG

nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag des Stadtrates
Nr. 1260 vom 12. April 1994

b e s c h l i e s s t :

1. Der Vereinbarung betreffend die Weiterführung des Integralen Tarifverbunds Zug vom 1. März 1994 wird zugestimmt.
2. Dieser Beschluss tritt unter Vorbehalt des Referendums gemäss § 6 der Gemeindeordnung sofort in Kraft.

Der Beschluss ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die Sammlung der Ratsbeschlüsse aufzunehmen.

Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Zug,

DER GROSSE GEMEINDERAT VON ZUG
Die Präsidentin: Der Stadtschreiber:

Referendumsfrist:

GROSSER GEMEINDERAT VORLAGE NR. 1260.1

Zustimmung zur Vereinbarung über die Weiterführung des Integralen Tarifverbunds Zug

Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 25.04.1994

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

In Anwesenheit des Finanzpräsidenten, Herrn Stadtrat Ernst Moos, behandelte die Kommission die Vorlage Nr. 1255.

Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Während die Beschlüsse des GGR in dieser Sache bisher beschränkte Gültigkeit bezüglich deren Dauer hatten, soll nun mit dieser Fortsetzung eine Dauerlösung angestrebt werden. Immerhin ist auch diese Vorlage mit einer Kündigungsklausel (Ziffer 12) mit Termin jeweils 30. April jedes Jahres mit einer Frist von zwölf Monaten versehen.

Die Zugerbergbahn erhält mit der vorgeschlagenen Lösung mehr Einnahmen aus dem Tarrifverbund. Somit sollte sich das Defizit vermindern. Die Stadt, als Trägerin allfälliger Defizite, fährt also insgesamt günstiger als bisher.

Der Einnahmenausfall, der durch den Tarifverbund entsteht, wurde aufgrund von Erhebungen auf Fr. 360'000.-- festgestellt. Die Stadt leistet mit ihrem Anteil von Fr. 90'000.-- einen Beitrag an den Einnahmenausfall.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt Ihnen mit 4:0 Stimmen, der Vorlage 1260 zuzustimmen, und damit die Vereinbarung betreffend der Weiterführung des Integralen Tarifverbundes Zug zu genehmigen.

Für die Geschäftsprüfungskommission:

Paul Tschudi, Präsident